



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 53

P/v/232

5. Oktober 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Nölting-Artikel zum Thema Demontagen	S.1
Neue Agrarreform in der SU	S.3
Mit der Sicherheit kommen Wohnungssorgen	S.5
In der Ostzone lügen alle...	S.6

Macht endlich reinen Tisch!

Zum Kapitel des notwendigen Endes der Demontagen

Von Prof. Dr. Erik Nölting, M.d.B.

Über den Widersinn der Demontagen ist in der deutschen Öffentlichkeit, so sollte man meinen, eigentlich oft und ausführlich genug gesprochen worden. Demontagemassnahmen, soweit sie in die zivile Fertigungsindustrie eingreifen, sind politisch und wirtschaftlich gleich unvernünftig. Es ist widersinnig, uns zur gleichen Zeit zu flicken und unablässig neue Wunden zu schlagen; es verstösst gegen alle Logik, Marshallkredite in ein Faß zu füllen, dem die nachfolgende Demontage den Boden wieder ausschlägt, und es wäre endlich an der Zeit, die notwendige Schlussfolgerung aus der Tatsache zu ziehen, dass der einzige potentielle Gegenspieler der grossen westlichen Demokratien nicht mehr Deutschland ist, das seinen politischen Standort längst bezogen hat, sondern die Sowjetunion. Gewiss, der Demontageprozess ist nicht in der ursprünglich vorgesehenen Schwere und Schärfe abgerollt. Wenn man indessen behauptet, es wäre ja alles gar nicht so schlimm gewesen, und man habe dem "Elefanten" Deutsche Wirtschaft nur ein Kotelett abverlangt, so ist zu erwidern, dass man bei dieser Prozedur immerhin gefährlich in der Herzgegend herungesäbelt hat.

Betrüblich bleibt aber, dass man allen offiziellen Aufforderungen zum Trotz noch immer nicht reinen Tisch gemacht hat und dass die Politik der kleinen Nadelstiche weiter andauert, ungeachtet des Petersberger Abkommens, das keineswegs zu der von mächer Seite erhofften günstigen Wende geführt hat. Zu viele Rand- und Zweifelsfragen sind bei diesem Ab-

kommen offen geblieben, das vor allem für die von der Demontageliste abgesetzten Betriebe kein klares Fabrikationsprogramm aushandelte. Die deutsche Seite war in dem Kleinkrieg mit den ausführenden Instanzen im entscheidenden Augenblick immer wieder dem Hinweis ausgesetzt: Ihr habt zugestimmt und müsst deshalb die übernommenen Verpflichtungen auch buchstabengetreu ausführen. Zwar sind am Vorabend der New Yorker Ministerkonferenz die Entmilitarisierungsmaßnahmen in der britischen Zone abgeblasen worden, aber der auch den Abtransport von Demontagegut einbeziehende Demontagestop ist bis heute nicht gekommen, und das Rattern der Schweißhämmer sowie das Knattern der Lkw's, mit denen man die Beute abfährt, ist eine schlechte europäische Auferstehungsmelodie.

Ein Beispiel für viele: Im Dortmund-Hoerder-Hüttenverein (Werk Dortmund) ist der Abbau einer hydraulischen Schmiedepresse erfolgt, die wir zur Herstellung von Turbinenwellen und anderen sehr beanspruchten Maschinenteilen dringend benötigen. Die Presse ist kaum transportabel, denn der Querbalken wurde nach seiner Kriegsverwendung nur notdürftig wieder zusammengeflickt, weshalb es bei der Abfuhr leicht Bruch geben kann. Schlimmer aber ist, dass bis zur Stunde offenbar noch keine Klarheit darüber besteht, wo die Presse ausserhalb Deutschlands ihre Aufstellung finden soll. Gedacht ist an England, doch hat nach zuverlässigen Informationen, die uns über Dortmund zugingen, die englische Firma, der die Maschine zugeordnet war, mit Hinweis darauf abgewinkt, sie müsse erst eine grosse Halle mit allem Zubehör errichten, wofür gegenwärtig keine Genehmigung zu bekommen sei. Als Endergebnis der ganzen Aktion droht trotz allen entgegenstehenden Versicherungen also doch der Schrotthaufen.

Zum anderen: Wir brauchen in Deutschland dringend ein grösseres Erzeugungskontingent an Edelstahl. Aber man zerstört die Elektroöfen der Henrichshütte in Hattingen, weil sie angeblich nicht betriebsnotwendig sind. Es ist ein offenes Geheimnis, dass im Rahmen der Walzwerk-Demontagen gerade die modernsten Anlagen dem Abbau anheimgefallen sind. Einige 4 m - Grobblechstrassen hat man uns großmütig belassen, doch diese sind von fast biblischem Alter. Im Augenblick, da uns wegen der Rüstungs-Weltkonjunktur jedes Stück Blech aus der Hand gerissen wird, tritt der Schaden nicht so deutlich hervor. Wie aber sollen wir unter normalen Umständen den Wettbewerb mit solchen Ländern aushalten, die moderne Walzenstrassen von ausreichender Breite besitzen? Noch lagern im Ruhrgebiet zwei 5 m - Strassen, eine dritte ist zu 50 Prozent komplett. Jedoch darf keines der schwergeschädigten Hüttenwerke diese Strassen einbauen, und wir müssen

uns den Luxus leisten, mit veralteten Anlagen zu produzieren, während modernste Einrichtungen auf den Lagerplätzen verrotten. Eine derartige Grobblechstrasse repräsentiert aber einen Wert von 15 Mill. DM!

Die Frage wird immer dringender: Kann man sich nicht endlich zu der grossen befreienden Geste bereitverstehen? Muss jeder erfreuliche psychologische Effekt immer wieder dadurch verpatzt werden, dass man entweder zu wenig tut oder zu spät handelt? Dies ist die Forderung, die man erheben muss: Man beende nicht nur die Entmilitarisierung, sondern verfüge auch die Einstellung aller Demontagen, und zwar ohne Ausnahme, zu einem möglichst baldigen Termin. Zu gleicher Zeit wäre auch der Abtransport von Demontage- und Reparationsgut einzustellen. Man ergänze die Kontrollorgane, soweit sie nicht überhaupt beseitigt werden können, durch Vertreter solcher demokratischen Länder, die in erster Linie am Kauf deutscher Ware interessiert sind und nicht nur als Konkurrenten unser Schicksal in den Händen halten. Man hebe die Kontroll- und Sicherheitsvorschriften auf, die eine zeitgemässe Modernisierung des friedlichen Versorgungszwecken dienenden deutschen Produktionsapparates behindern und räume den vorhandenen Betrieben ein ausreichendes Fabrikationsprogramm auf wirtschaftlicher Basis ein. Wir können nicht in historischen Ritterburgen produzieren, wenn um uns herum Fabrikationsstätten von neuem Zuschnitt liegen. Dadurch verfälschen sich alle Wettbewerbsgrundlagen, und es besteht die Gefahr, dass Deutschland in Lohndruck und soziales Dumping ausweicht. Man entgifte schliesslich die gegenseitigen Beziehungen, indem man diejenigen alliierten Beamten und Angestellten in die Heimt zurückruft, die in den letzten Jahren unablässig bemüht gewesen sind, zum Teil über die ihnen vorgeschriebenen Richtlinien hinaus, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu behindern.

Dann wäre endlich reiner Tisch gemacht, und ein Kapitel der deutschen Wirtschaftsgeschichte fände seinen Abschluss, an das dermaleinst jeder nur mit sehr gemischten Gefühlen zurückdenken wird.

Neue Agrarreform in der Sowjetunion

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Sowjetrussland erlebt zur Zeit eine neue, gewaltige Agrarreform, von der etwa die Hälfte des russischen Volkes berührt wird. Die Oktoberrevolution von 1917 vernichtete den Großgrundbesitz der zaristischen Gutsbesitzer und verteilte das Land an die Bauern. 1930 - 1934 führte die kommunistische Diktatur dann die zwangweise Kollektivisierung der Landwirtschaft durch. Es war die Zeit der Kolchose. Boden, Vieh und Inventar

gehören dem Kolchos, die Bauern sind an diese Arbeitsstätte gebunden und dürfen sie nicht verlassen. Faktisch sind sie unfreie landwirtschaftliche Arbeiter. Im eigenen Gebrauch haben sie nur ein ganz kleines Landstück, das einen Hektar nicht überschreiten darf. Die Kolchose wurden von einer immer umfangreicher werdenden lokalen Administration geleitet, die allmählich zu einem wichtigen Teil der heute in der Sowjetunion regierenden Sowjetbourgeoisie auswuchs. Der Staat reguliert bis in die letzten Einzelheiten die Arbeit der Kolchose. So ist der Kolchos in Wirklichkeit keine Bauerngenossenschaft, sondern eine der zwei im heutigen Russland existierenden Formen der Staatsgüter. Ein Kolchos unterscheidet sich nur wenig von den Sowchosen, den vom Staate direkt verwalteten und ihm gehörenden Staatsgütern.

Seit dem Sommer 1950 werden nun auf Parteibefehl die Einzelkolchosen in Groß-Kolchosen zusammengefasst. Als typisch wird in der "Prawda" der Fall im Gebiet von Jaroslawl angeführt, wo statt der bisherigen 115 Kolchose nach der Reform 26 grosse Kolchose bestehen. Meist werden also 4 - 5 Kolchose vereinigt. Ein Kolchos hatte vor der Reform etwa 400 - 500 ha Ackerland, die vergrösserten Kolchose werden etwa 2.000 ha Ackerland umfassen. Die lettische Sowjetpresse beschreibt beispielsweise einen neuen Kolchos im Rayon von Talsi. Dieser Groß-Kolchos umfasst 4.295 ha Land, davon sind 2.327 ha Ackerboden, 1.121 Weiden und 874 ha Wald. Im Baltikum waren bisher in einem Kolchos etwa 20 - 22 ehemalige bäuerliche Einzelwirtschaften vereinigt. Nach der Reform sind etwa 100 frühere Bauernhöfe in einem Groß-Kolchos zusammengelegt.

Die Umbildung der Kolchose berührt (nach den Zahlen von 1939) 75 Mill. Kolchosbauern oder 45 Prozent der sowjetischen Bevölkerung. Sie all werden jetzt in die neuen Groß-Kolchose übergeführt. Statt der bisherigen 300.000 Kolchose wird es künftig wahrscheinlich etwa 70 - 80.000 Groß-Kolchose geben. Dem Umfang nach sind Latifundien geschaffen, die etwa gleich gross sind, wie die Adelsgüter der zaristischen Zeit. Die Vorsitzenden der Groß-Kolchose werden als die Administratoren von grösseren landwirtschaftlichen Betrieben künftig eine noch grössere Macht über die Bauern haben als bisher.

Die führende Zeitschrift des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, "Bolschewik", erklärt, dass die Zusammenfassung der Kolchose das Verwaltungspersonal vermindern werde. In den neuen Groß-Kolchosen betrage diese **Einsparung** etwa 13 Prozent. Die von den administrativen Funktionen befreiten Leute seien wieder auf die Felder geschickt worden. Obgleich

keine Zahlen veröffentlicht werden, kann man annehmen, dass durch die Reform etwa 500.000 Personen aus dem Verwaltungsapparat wieder in die Bauernmasse gepresst wird. Ferner hebt die Sowjetpresse auch die politische Seite der Reform hervor. In den vergrößerten Kolchosen seien überall kommunistische Parteiorganisationen vorhanden, was in vielen kleineren Kolchosen bisher fehlte. So endet die vor 33 Jahren von den Bolschewiki verkündete Bauernbefreiung in der Auslieferung der Kolchosbauern an die neuen Großgüter und ihre herrschende Schicht.

- - - -

Mit der Sicherheit kommen Wohnungsorgen

sp. Die Verstärkung der alliierten Garnisonen in Westdeutschland als Folge der New Yorker Beschlüsse kündigt sich an. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist vom Landeskommissar verständigt worden, dass diese und jene Kaserne gebraucht werde und dass für die Familien der neu ins Land kommenden britischen Offiziere 325 Wohnungen benötigt werden.

Dass dieser Teil der New Yorker Beschlüsse so rasch in die Tat umgesetzt wird, ist vom deutschen Standpunkt aus erfreulich, allerdings zeigt sich damit zugleich die Schattenseite der neuen Situation. Es wird also Räumungsbefehle für die derzeit in den Kasernen wohnenden Menschen geben mit allen bitteren Begleiterscheinungen solcher Maßnahmen und es gilt, neuen Wohnraum zu schaffen. Die Erleichterungen, die in den betreffenden Gebieten im Laufe dieses Jahres durch den Bau von Wohnungen eingetreten sind oder erhofft wurden, werden illusorisch, ja, es werden sich wahrscheinlich Verschärfungen ergeben. Allen, die davon betroffen werden, muss man die Worte Sir Ivone Kirkpatricks in Hannover in Erinnerung bringen, "dass angesichts des britischen Beitrags zur westeuropäischen Verteidigung auch von Deutschland Opfer erwartet werden müssen".

Landeskommissar Bishop hat ferner auch 325 Wohnungen für die Familien britischer Offiziere angefordert. Das entspricht den bisherigen Gepflogenheiten der Besatzungstruppen. Und doch meinen wir, dass die neue Lage anders ist. Die angekündigten Einheiten kommen nicht mehr als Besatzungstruppen - sondern als Truppen für die Sicherung ganz Westeuropas, also auch Englands. Die Besatzungstruppen sollten den Frieden bringen, die neuen Truppen aber sind Soldaten des Kalten Krieges. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Es dürfte nicht unbillig sein, von den Soldaten des Kalten Krieges zu verlangen, dass sie zunächst auf die Annehmlichkeiten des Familienlebens solange verzichten, bis die benötigten Wohnungen durch

ein beschleunigtes Sonderbauprogramm hergestellt sind. Die damit verbundenen persönlichen Einschränkungen müssten sich durch eine entsprechende Urlaubsregelung mildern, die dienstlichen Nachteile einer solchen Urlaubsregelung durch eine gewisse Planmässigkeit überwinden lassen. Das erfordert guten Willen, aber es würde die Erkenntnis fördern, dass im Interesse einer Sache, die beide Teile angeht, auch beide Teile sich in die unvermeidlichen Härten teilen. Der deutsche Beitrag besteht darin, dass das deutsche Wohnungsbauprogramm, über dessen Dringlichkeit keine Zweifel bestehen, neuerdings verzögert wird.

Eine weitere Frage ist, ob es dann, wenn bis zum Frühjahr die Truppenverstärkungen in dem in New York beschlossenen Umfang eingetroffen sind, überhaupt noch möglich ist, an ein Nachziehen aller Familien der Offiziere zu denken. Das würde jedes deutsche Wohnbauprogramm über den Haufen werfen. Dann müsste die Frage geklärt werden, ob es ratsam und vertretbar ist, Soldatenfrauen und Kinder in die erste Linie des Kalten Krieges zu bringen.

- - - - -

In der Ostzone lügen alle...

"Ich bin mehreren örtlich führenden Persönlichkeiten der CDU und der LDP begegnet. Genau genommen handelt es sich bei diesen Personen immer wieder um zwei Typen. Die einen beschränken sich darauf, die Direktiven von der SED entgegenzunehmen und an die Mitglieder ihrer Partei weiterzugeben. Von ihnen heisst es, sie seien "Gekaufte". Die anderen - die nicht "gekauft" sind - tun genau dasselbe, erklären aber ihren Freunden, dass sie nicht anders handeln könnten.

Einer von diesen Funktionären hat mir in Dresden das System humorvoll auseinandergesetzt, wofür ich ihm Dank weiss, denn ohne Humor wäre die Angelegenheit tragisch. "Hier lügen alle", erklärte er mir. "Zuerst die Regierung, dann die hohen Funktionäre und so weiter bis nach unten. Wer nicht lügt, wird sehr rasch ausgeschaltet. Aber was kommt es auf diese Lügen schon an, wenn alle Welt sowieso Bescheid weiss".

Er fuhr fort: "Wenn ich vor den Mitgliedern meiner Partei eine Rede halte, wissen alle, dass kein Wort von dem wahr ist, was ich sage. Wenn sie dann Beifall klatschen, weiss ich genau, dass sie keinem meiner Worte geglaubt haben. So hatte ich z.B. einmal den Auftrag erhalten, über die Lage zu sprechen, als einer der Führer unserer Partei nach dem Westen geflüchtet war. Diesen Mann hatte ich immer bewundert. Das hat mich aber nicht daran gehindert, fast eine Stunde lang von ihm als von einem Verräter und Gangster zu sprechen. Meine Zuhörer taten alle so, als ob sie mir zustimmten, obwohl sie gut wussten, dass meine Worte ohne Sinn und Bedeutung waren".

(Aus einem Sowjetzonen-Sonderbericht der bekannten rechtsgerichteten französischen Zeitung "Le Monde".